



Weil du arm bist, musst du eher sterben

von Volker Gernhardt

Im größten Krankenhausunternehmen Deutschlands – Vivantes – wird einmal mehr versucht, die Löhne und Gehälter zu senken, bei gleichzeitiger Arbeitsverdichtung für die Beschäftigten. Die ständige Arbeitsverdichtung für alle Kolleginnen und Kollegen, die in der öffentlichen Daseinsvorsorge beschäftigt sind (Stadtreinigung, Nahverkehr, Bezirksämter, Kitas usw.), begleitet uns seit vielen Jahren.

Neu ist der Versuch auch noch die Löhne und Gehälter zu kürzen, in unserem Fall in der Größenordnung von Weihnachts- und Urlaubsgeld, also etwa sieben bis zehn Prozent. Senat und Geschäftsführung von Vivantes versuchen diese Gehaltssenkung mit allen Mitteln durchzusetzen. Sie bedrohen die Beschäftigten mit der Insolvenz des Unternehmens, also mit dem Verlust der Arbeitsplätze. Auf einer Betriebsversammlung Ende Januar haben fast 6000 Beschäftigte im ICC dieser Erpressung eine klare Absage erteilt. Der Betriebsrat hat trotz schwerer Beden-

ken der Aufnahme von Verhandlungen für einen Notlagentarifvertrag zugestimmt, wenn ein nachvollziehbares, erfolgversprechendes Sanierungskonzept präsentiert wird. Dieses soll dann den Beschäftigten vorgelegt werden, die darüber entscheiden sollen, ob es auf dieser Grundlage Sinn macht, einen zeitlich befristeten Lohnverzicht zu akzeptieren. Ich hatte direkt vor der Betriebsversammlung mein Amt als Betriebsratsvorsitzender niedergelegt, da ich die Entscheidung des Betriebsrates nicht teile und damit auch nicht

nach außen vertreten kann (meine ausführliche Begründung kann über Volker.Gernhardt@web.de bezogen werden). Die Geschäftsführung plant nach meiner Ansicht eine dauerhafte Absenkung der Löhne und der Senat kommt seinem Ziel, die Krankenhäuser vollständig zu privatisieren, näher. Senator Sarrazin formulierte seine Absichten auf die Frage, ob er die Krankenhäuser jetzt privatisieren will, so: „Die Braut ist noch nicht geschmückt.“ Wenn wir der Erpressung des Senats nachgeben, gefährden wir unsere Arbeitsplätze, da wir einer Privatisierung nä-

her kommen und damit einer weiteren Verschlechterung unserer Arbeitsbedingungen und einem weiteren Arbeitsplatzabbau. In der direkten Folge wird sich die Gesundheitsversorgung der Berliner Bevölkerung weiter verschlechtern. Gesundheit würde zu einer Ware und wäre damit in unterschiedlicher Qualität käuflich zu erwerben. Wir müssen gemeinsam alle Anstrengungen unternehmen, um dieses zu verhindern.

Der Autor ist Ex-Betriebsratsvorsitzender von Vivantes

BVG: Löhne runter, Preiserauf



Wieder wird massiv daran gebastelt, die BVG zu zerschlagen. Die Regierungspolitiker und der Vorstandsvorsitzende der BVG wollen gemeinsam diesen Schritt „vorwärts in die Vergangenheit“ gehen. Die Argumente, die von Rot-Rot angeführt werden, lauten: Private Anbieter seien

und Weihnachtsgeldes für die Tarifbeschäftigten, die Kürzung der Monateinkommen für Tarifbeschäftigte um bis zu 30 Prozent sowie weitere Leistungskürzungen. Die ver.di-Tarifkommission BVG widersetzt sich diesem Kahlschlag und fordert stattdessen bei den laufenden Tarifverhandlungen: **Erhalt der BVG als ein Betrieb und Anstalt des öffentlichen Rechts;**

keine Neu-, Aus- und Umgründungen;

Festschreibung der Fremdvergabequote; keine betriebsbedingten Kündigungen;

Sicherung der „Altbeschäftigten“ (dazu zählen Einkommenssicherung und Gleichbehandlung von Arbeitern und Angestellten in den Tarifbereichen Ost und West);

Übertragung der Konzession für die drei Bereiche U-Bahn, Straßenbahn und Omnibus für die gesetzlich höchstmögliche Zeit;

billiger für die Regierung und für den Kunden; private Dienstleister seien freundlicher zu den Kunden und flexibler, weil sie besser auf die Wünsche der Auftraggeber und der Kunden eingehen. Doch nichts davon stimmt. Die Zerschlagung der BVG läuft bereits

seit über zehn Jahren. Von den ca. 28 000 Kolleginnen und Kollegen 1992 sind noch 12 500 übrig geblieben. Bei fast gleich geliebener Verkehrsleistung fahren etwa die Omnibusfahrerinnen und -fahrer jetzt statt 13 000 Kilometer, über 20 000 Kilometer pro Jahr. Die tarifvertraglichen Veränderungen, wie die drastische Verlängerung der Arbeitszeit, gingen einher mit der ständigen Produktivitätssteigerung.

Neueinstellungen bei der BVG;

Weiterführung der Berufsausbildung;

Schluss mit dem betriebsinternen Sozialabbau.

Alle vom Sozialabbau Betroffenen sollten sich gegenseitig unterstützen. Deshalb setzen sich die BVG-Beschäftigten gemeinsam mit dem ver.di-Erwerbslosenausschuss für die Weiterführung des Sozialtickets ein.

Und die Studierenden unterstützen – neben ihrem Kampf für Erhalt und Ausbau unseres Bildungssystems – die Kolleginnen und Kollegen der BSR und der Wasserbetriebe beim Erhalt der Betriebe und der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Wir sagen Nein zur weiteren Zerstörung unseres Sozialsystems.

**Rainer Döring
Sprecher der ver.di-Vertrauensleute in der BVG**

Anzeige
**Sozialismustage 2004
Menschen statt Profite**
Berlin 28. bis 30. Mai
Freitag ab 18 Uhr - Samstag
und Sonntag ab 10 Uhr
Jugendkulturzentrums Pompe
Lützowstraße 42 (J. Holzerdorplatz)
Das volle Programm und Barock
(030) 34 71 90 10 oder info@sozialistische.de
www.sozialistische.de
**SAV Sozialistische
Alternative**

Politische Entscheidungen wirken sich auf verschiedene Menschen und soziale Gruppen höchst unterschiedlich aus. Problematisch wird es, wenn wir meinen, dass bei anderen geringere Einbußen aufrufen. Oder jemand bekäme „zu viel“. Schon haben die Mächtigen einen Keil zwischen uns getrieben: den Neid. Das ist einer der Gründe, warum es den Herrschenden immer wieder gelingt, uns gegeneinander auszuspielen und manchmal regelrecht aufeinander zu hetzen. Als das „Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen 2003“ (EJMB) begann, verbanden das viele Betroffene mit gro-

ßen Hoffnungen. Für die Regierung war es – wen wundert's? – ein höchst „erfolgreiches Jahr“. So verkündete es jedenfalls der parlamentarische Staatssekretär Franz Thönnes auf der offiziellen Bilanzveranstaltung. Ihn wunderte es sehr – und es verärgerte ihn sogar –, dass viele der anwesenden Betroffenen ihm dafür nicht nur nicht die Hände küsst, sondern ihn regelrecht auspuffen. Nach wie vor bestehen viele Barrieren für Behinderte. So in Bauten, auf Straßen und Plätzen, bei öffentlichen Verkehrsmitteln, in Bildungseinrichtungen, Kulturstätten, an Arbeitsplätzen und – nicht zuletzt – in vielen Köpfen. Ganz aktuell kommen noch deutliche Verschlechterungen

hinzu, die sich besonders stark bei Menschen auswirken, die ständig auf bestimmte medizinische und/oder pflegerische Leistungen angewiesen sind, die ihre Teilhabe mit Assistenten organisieren und/oder für ihre Persönlichkeitsentfaltung die Abwesenheit (ggf. also Beseitigung) kommunikativer, baulicher und/oder psychologischer Barrieren benötigen. Doch während das EJMB mit allen seinen

proportionalen Belastungen mit sich. Jetzt müssen wir um die Rücknahme oder Änderung jeder einzelnen Regelung kämpfen. Gleichzeitig arbeitet der Gesetzgeber am Sozialgesetzbuch (SGB) XII, welches das Bundessozialhilfegesetz ablösen –

sicheren – soll. Damit nicht genug: Auch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe trifft behinderte Menschen besonders hart. Selbst für diejenigen, die auf Assistenz angewiesen sind und dennoch ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit selbst bestreiten, kommt es zu Verschlechterungen. Die Einkommensgrenzen sinken drastisch, mit der Folge, dass die Betroffenen künftig noch weitaus mehr von ihrem Einkommen für Assistenzkosten aufbringen müssen. Derzeit ist eine Reform der Pflegeversicherung im Gespräch. Ziel ist auch hier, die Beitragshöhe stabil zu halten und nicht, die Lebensbedingungen Betroffener zu verbessern. Das Ganze

wird unter dem Deckmantel „Stärkung des ambulanten Bereichs“ verkauft. Verkauf – und zwar als dumm – kommen sich die Betroffenen vor, denn es ist jedem, der auch nur etwas rechnen kann, klar, was eine solche „Reform“ bringen wird. Wenn der Staat jedoch keine Notwendigkeit sieht, Menschen mit Behinderungen als gleichberechtigte, gewollte und wertvolle Bürgerinnen und Bürger zu behandeln, werden es viele Nichtbehinderte auch nicht tun. Es ist die Regierung, die kräftig dazu beiträgt, unsere Teilhabe und unsere Persönlichkeitsentfaltung zu verhindern. **der Autor ist Vorsitzender des Berliner Behindertenverbands**

Regierung behindert Teilhabe

von Ilja Seifert